

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)

vom 30. November 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. November 2021)

zum Thema:

**Situation und Finanzierung von Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen
im Land Berlin**

und **Antwort** vom 10. Dez. 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Dez. 2021)

Frau Abgeordnete Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/10238

vom 30. November 2021

über

Situation und Finanzierung von Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen im Land Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen gibt es im Land Berlin (Bitte unterteilt nach Bezirk und Träger)?
2. Wie viele Plätze für eine Sofortaufnahme werden in allen in Frage 1 benannten Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen angeboten und wie hoch ist die Nachfrage der betroffenen Frauen nach diesen?

Zu 1. und 2.: Der Berliner Rahmenvertrag Soziales (BRV) gemäß § 80 Abs. 1 SGB XII vom 01.01.2020 in der Fassung vom 01.01.2021 i. V. m. trägerspezifischen Vereinbarungen gemäß §§ 76 SGB XII bilden die rechtliche Grundlage für die Krisen- und Clearingeinrichtungen. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat aktuell mit drei Leistungserbringern Vereinbarungen gemäß §§ 76 SGB XII getroffen. Im Leistungstyp sind derzeit 47 Plätze vertraglich vereinbart. Zwei der Einrichtungen befinden sich im Bezirk Reinickendorf, die dritte im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Eine Einrichtung richtet ihr Angebot ausschließlich an Frauen.

Die Auslastung im Berichtsjahr 2020 ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Träger	Auslastung
Bürgerhilfe-Kultur des Helfens gGmbH (für Frauen) – Reinickendorf	62 %
Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH – Tempelhof-Schöneberg	73 %
Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e. V. – Reinickendorf	81 %
Durchschnittliche Auslastung	72 %

Quelle: Jahresberichte 2020 - Leistungsbringer –

3. Wie hoch ist der tägliche Kostensatz für einen Platz in einer Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen (Bitte unterteilt nach Träger)?

Zu 3.: Die aktuell vereinbarten Vergütungen sind in der nachstehenden Übersicht dargestellt; die Vergütung setzt sich gemäß §§ 76 SGB XII aus der Maßnahmepauschale (MP), der Grundpauschale (GP) und dem Investitionsbetrag (IB) zusammen:

Einrichtung	Plätze	Vergütung	MP	GP	IB	Bemerkungen
Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH	18	168,98 €	134,98 €	16,60 €	17,40 €	Es gilt die aktuelle Vereinbarung d.J. 2020. Für 2021 wurde kein Antrag auf Neuabschluss der Vergütung gestellt. Es wurde die pauschale Vergütungshöhe beantragt. Den bisherigen Trägerforderungen wurde vollumfänglich entsprochen.
Bürgerhilfe-Kultur des Helfens gGmbH	16	173,51 €	155,81 €	4,65 €	13,05 €	2020 und 2021 wurde dem Trägerantrag vollumfänglich entsprochen. Der Träger hat für 2022 zu Einzelverhandlung aufgefordert.
Verein zum Schutz vor psychischer Gewalt e.V.	13	191,97 €	165,48 €	14,85 €	11,64 €	Es gilt die aktuelle Vereinbarung d.J. 2020. Für 2021 wurde kein Antrag auf Neuabschluss der Vergütung gestellt. Es wurde die pauschale Vergütungshöhe beantragt. Den bisherigen Trägerforderungen wurde vollumfänglich entsprochen.

4. Welche Alternativmöglichkeiten für eine intensive sozialpädagogische Unterstützung für volljährige Frauen in Krisensituation bleiben den betroffenen Frauen, sofern alle Plätze belegt sind oder sie aus anderen Gründen keinen bekommen?

Zu 4.: Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung ist gemäß § 4 Gesetz über die Zuständigkeiten in der allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz - AZG) i. V. m. Nr. 14 Allgemeiner Zuständigkeitskatalog (ZustKat AZG) verantwortlich für den Abschluss von Vereinbarungen gemäß §§ 76 SGB XII. Damit verbunden sind auch planerische Aufgaben.

Die Bezirke gewähren bei Vorliegen der Voraussetzungen Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten personenbezogene Leistungen gemäß §§ 67 ff. SGB XII. Bei Fehlen der Voraussetzungen besteht im abgestuften Hilfesystem die Möglichkeit, eine andere bedarfsdeckende Leistung zu erhalten, z. B. im Übergangshaus (ÜH) gemäß §§ 67 ff. SGB XII oder in einer ambulanten Hilfeform ggf. auf einer anderen gesetzlichen Grundlage.

Sollten die Kapazitäten der Krisen- und Clearingeinrichtungen nicht mehr ausreichend sein, wäre das Land Berlin in der Wahrnehmung der Rolle des Sozialhilfeträgers in der Gewährleistungsverpflichtung, weitere Kapazitäten zu schaffen.

Eine vollständige Belegung der Kapazitäten war in den letzten Jahrzehnten zu keinem Zeitpunkt gegeben; die Organisation bzw. Bereitstellung von Alternativmöglichkeiten stellt somit eine theoretische Annahme dar, die nicht weiterverfolgt wurde.

5. Wie viele Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen mussten im Land Berlin aus welchen Gründen seit dem Jahr 2014 geschlossen werden?

Zu 5.: Keine.

6. Wie viele Arbeitsplätze sind mit den in Frage 1 genannten Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen im Land Berlin verbunden?

Zu 6.: Das Stellenvolumen ist in der nachfolgenden Tabelle mit dem jeweiligen Stand in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) dargestellt. Die VZÄ beinhalten je Einrichtung die anteiligen Kostenbestandteile für die fachliche Leitung, das sozialpädagogische Betreuungspersonal, 1 VZÄ für den Begleitenden Dienst und 2,5 VZÄ für den Nachtdienst. In der Darstellung der VZÄ ist eine Darstellung nach Mitarbeitenden nicht möglich und obliegt organisatorischen Ausgestaltung der Leistungserbringer:

Einrichtung	VZÄ	Stand/Jahr
Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH	12,68	2020
Bürgerhilfe-Kultur des Helfens gGmbH	11,77	2021
Verein zum Schutz vor psychischer Gewalt e. V.	10,28	2021

7. Eine Kriseneinrichtung ist über eine Leistungsvereinbarung mit dem Land Berlin (§ 75 III i.V.m. §§ 67, 68 SGB XII) entgeltfinanziert. Durch die Abrechnung der Kosten mit den jeweiligen Kostenträgern (Sozialamt und/oder Jobcenter) liegen für eine Krisen- und Clearingeinrichtung und die betroffenen Frauen in psychosozialen Krisensituationen ein hoher Verwaltungsaufwand und viele Hürden in der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Kostenträgern vor. Oftmals wird seitens der Kostenträger die Übernahme aufgrund von Zuständigkeitsproblemen verwehrt. Welche Lösungsstrategien hat der Senat, um ein Scheitern (oder eine Verzögerung) einer Kostenübernahme aufgrund von unklaren Bezirks- oder Behördenzuständigkeiten zu verhindern?

8c) Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um den Verwaltungsaufwand (und auch die damit verbundenen extremen Befristungen) zu reduzieren?

Zu 7. und 8c): Die Gewährung personenbezogener, gesetzlicher Leistungen gemäß §§ 67 ff. SGB XII ist an das Vorliegen von Voraussetzungen gebunden, so dass eine Bedarfsprüfung unumgänglich ist.

Krisen- und Clearingeinrichtungen können Menschen in Krisensituation aufnehmen, ohne dass eine Kostenübernahme bzw. ein Bescheid vorliegen muss. Damit wird dem Bedarf der Zielgruppe bzw. der Besonderheit der Ausnahmesituation Rechnung getragen. Die sorgfältige Bedarfserhebung im Aufnahmeverfahren mit der erforderlichen Expertise seitens der Leistungserbringer ist hier unabdingbar. Verwaltungskosten sind originärer Bestandteil der Vergütung. Eine Vereinfachung bei der Gewährung personenbezogener Leistungen erscheint nicht möglich.

Der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sind keine Einzelfälle bekannt, denen aufgrund „unklarer Bezirks- oder Behördenzuständigkeiten“ Leistungen vorenthalten wurden. Die Ausführungsvorschriften über die örtliche Zuständigkeit für die Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII (AV Zuständigkeit Soziales – AV ZustSoz) vom 21.05.2019 (ABl. S. 3959), in der geänderten Fassung vom 15.07.2021 (ABl. S. 2605) sind eindeutig gefasst. Die Zuständigkeitsklärung ist Teil des Bewilligungsverfahrens.

8. Regelmäßig müssen Frauen in Krisensituationen aus unterschiedlichen Gründen kurz nach ihrer Aufnahme eine Einrichtung aufgrund von zwingenden Problemen wieder verlassen, wodurch es keine Kostenübernahme gibt, oder brechen aufgrund langwieriger juristischer Klärungen der Kostenübernahme

und der damit verbundenen Belastungen ihren Aufenthalt ab. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Fragen:

a) Wie hoch muss die jahresdurchschnittliche kalkulierte Auslastung einer Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen sein, damit sie kostendeckend arbeiten kann?

Zu 8a: In der Vergütung sind alle fachlich notwendigen Kosten berücksichtigt. Die Vergütung ist auf der kalkulatorischen Auslastung in Höhe von 80 % vereinbart. Ab dieser Auslastung arbeitet eine Kriseneinrichtung kostendeckend.

b) Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um die angewandten Kosten einer Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen für abgebrochene Leistungen zu decken?

Zu 8b: Die Leistungsbeschreibung Krisen- und Clearingeinrichtung regelt unter 4c Verfahrensregelungen, dass bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen zum Zeitpunkt der Aufnahme und fristgerechtem Eingang der Aufnahmebegründung durch den Leistungserbringer die Kostenübernahme rückwirkend ab dem Aufnahmetag erfolgt. Die Kosten der Unterkunft sind in jedem Fall zu tragen. Sollten die sozialhilferechtlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, können mögliche Ausfälle über die Auslastung kompensiert werden.

9. Was sieht der Senat vor, um hinsichtlich der Basiskorrektur im Planmengenverfahren und einer Fehlbedarfssicherung vor allem im Bereich der sozialen Angebote gem. §§ 67ff. SGB XII, insbesondere des Angebots der Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen, eine Finanzierung seitens des Landes Berlins sicherzustellen?

10. Welche Finanzierungsprobleme für die in Frage 8 genannten Angebote, insbesondere der Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen, ergeben sich im Rahmen der Basiskorrektur im Planmengenverfahren sowie der Fehlbedarfssicherung für die Bezirke und Angebote, wenn Bezirke ihre Mittel überziehen müssen bzw. welche Vorteile ergeben sich für die Bezirke, sofern sie ihre Mittel nicht überziehen?

Zu 9. und 10.: In den Jahren 1993 bis 1999 ist die Vergütungsfinanzierung grundlegend zu einem Leistungserbringerrecht strukturiert worden, das – ungeachtet der Eingliederung des BSHG in das Sozialgesetzbuch zum 01.01.2005 – bis heute Bestand hat.

Seitdem werden marktorientiert prospektive, kostendeckende Vergütungen verhandelt. Nach dem Willen des Bundesgesetzgebers sind Fehlbedarfssicherungen kein Bestandteil der Finanzierungssystematik, sondern vielmehr rechtlich ausgeschlossen.

Die vereinbarten Vergütungen sind das Ergebnis von Verhandlungen. Vergütungen werden nicht einseitig von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales festgelegt. Ist ein Leistungserbringer mit dem Angebot der SenIAS nicht einverstanden, kann dieser mit seiner Forderung ein Schiedsstellenverfahren gemäß §§ 77 Abs. 2 SGB XII anstreben. Im Ergebnis des Schiedsstellenverfahrens werden die strittigen Kostenpositionen geprüft und können ggf. angepasst werden.

Die Einführung des Planmengenverfahrens bei den Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Achten Kapitel SGB XII ist einer temporären Verzerrung des Leistungsgeschehens und damit erhöhten Fallzahlsteigerungen im Bezirk Neukölln zurückzuführen.

Das Planmengenverfahren wurde mit einer begrenzten Nachbudgetierungsquote in Höhe von 75 % für die, die Planmenge überschreitenden Mengen, verknüpft. Aktuell ergeben sich daraus keine Nachteile für die Leistungserbringer.

11. Erwägt der Senat eine Reform oder Abschaffung der Basiskorrektur im Planmengenverfahren?

12. Welche alternativen Finanzierungsmodelle (wie bspw. eine spezifische Finanzierung, einen Rettungsschirm, eine angebotssichernde Sockelfinanzierung usw.) zieht der Senat in Erwägung, um drohende Schließungen von Krisen- und Clearingeinrichtungen für Frauen zu verhindern?

Zu 11. und 12.: Es haben aktuell weder die Träger als Leistungserbringer eine Einzelverhandlung beantragt, um einzelne Vertragsbestandteile zu verändern, noch haben die Verbände zu Verhandlungen aufgerufen, die Zuordnung und Finanzierung der Kriseneinrichtungen in der Systematik grundlegend zu verändern. Ungeachtet dessen besteht die Vereinbarung auf Arbeitsebene, die Systematik im Jahr 2022 zu überprüfen.

Die Regierungsfractionen haben als Ziel formuliert, die bestehenden Kriseneinrichtungen dauerhaft abzusichern sowie gemeinsam mit den Bezirken ein Modell zur bedarfsgerechten Flexibilisierung des Hilfesystems gemäß §§ 67 ff. SGB XII zu entwickeln.

Vorbehaltlich weiterer Konkretisierungen der noch ausstehenden Richtlinien der Regierungspolitik könnten in diesem Zuge ebenfalls alternative Finanzierungsmodelle geprüft werden, bzw. ob das Fortbestehen des Planmengenverfahrens weiterhin erforderlich ist.

Berlin, den 10. Dezember 2021

In Vertretung

Alexander F i s c h e r

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales